

Anno ... 47. Woche

Geschichte im Rückblick

1932, 19. November: Zwei Tage nach dem Rücktritt des Kabinetts Franz von Papen unterbreiten führende Industrielle Reichspräsident Paul von Hindenburg ihre Forderung, »gegen das bisherige parlamentarische Parteienregime« den Führer der Nazipartei zum Reichskanzler einer neuen Regierung zu ernennen. Ein entsprechendes, von den Bankiers Hjalmar Schacht und Kurt von Schröder initiiertes Schreiben ist u. a. vom Stahlgewaltigen Fritz Thyssen unterzeichnet. Doch Hindenburg ernennt statt Adolf Hitler, dessen NSDAP bei der Reichstagswahl am 6. November zwei Millionen Wählerstimmen verloren hatte, den Reichswehrgeneral Kurt von Schleicher.

1937, 19. November: In Berchtesgaden trifft mit Lord Halifax einer der einflußreichsten britischen Politiker – er war 1935 Kriegsminister und bis 1937 Lordsiegelbewahrer sowie Präsident des Oberhauses und gilt als Vertrauter von Premierminister Chamberlain – mit Adolf Hitler zusammen. Im Beisein von Goebbels und Göring lobt der ausgewiesene Appeasement-Befürworter das Nazireich als »Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus« und die von den Nazis exekutierte Vernichtung des Kommunismus in Deutschland. Für die in Großbritannien einflußreiche rechtskonservative Cliveden-Gruppe um Lady Astor signalisiert der Lord zugleich Einverständnis mit deutschen Plänen in bezug auf Österreich, die Tschechoslowakei und Danzig.

1967, 22. November: In New York beschließt der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 242 zur Lösung des Nahost-Konflikts. Gut fünf Monate nach dem von Israel gegen seine arabischen Nachbarstaaten Ägypten, Syrien und Jordanien geführten sogenannten Sechs-Tage-Krieg wird der Angreifer »in Betonung der Unzulässigkeit, Gebiete durch Krieg zu erwerben«, wie es einleitend heißt, zum Rückzug aus den im Juni von ihm besetzten Gebieten – Sinai-Halbinsel, Gazastreifen, Westjordanland, syrische Golan-Höhen – aufgefordert. Zugleich wird das Recht aller Staaten der Region auf Existenz in gesicherten und anerkannten Grenzen und darauf, »frei von Drohungen und Akten der Gewalt in Frieden zu leben«, bekräftigt.

1972, 21. November: Über zwei Jahrzehnte nach der BRD wird die DDR in die UNESCO, die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, aufgenommen und damit erstmals Mitglied einer Organisation der Vereinten Nationen. Die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Weltorganisation erfolgt zeitgleich im Herbst 1973.

1992, 23. November: In Mölln (Schleswig-Holstein) werden zwei türkische Frauen und ein zehnjähriges Mädchen Opfer eines rechtsextremistischen ausländerfeindlichen Brandanschlages auf das Wohnhaus einer Migrantenfamilie. Die beiden Täter werden im folgenden Jahr zu einer lebenslangen Haft- bzw. mehrjährigen Jugendstrafe verurteilt.
<https://www.jungewelt.de/artikel/96091.anno-47-woche.html>